

## EINLADUNG

49. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bürgerdienste, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten

**Gäste möchten sich bitte per E-Mail im BV-Büro ([bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de)) anmelden. Sie erhalten dann die Zugangsdaten vom Büro.**

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 27.04.2021, 17:30 Uhr

**Raum, Ort:** Zoom-Meeting

---

### Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 Keine abendlichen Autokorso-Demonstrationen durch Wohngebiete **1836/5**  
SPD-Fraktion
- 4 Polizeiwache am Kudamm **1826/5**  
CDU-Fraktion
- 5 Rechte Sticker, Plakate und Graffiti wirksam entfernen **1853/5**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Pankow folgen – Smileysystem zur Information über **1860/5**  
Lebensmittelkontrollen einführen  
AfD-Fraktion
- 7 Diskussion über den Abriss der Windscheidstr. 3 - 3 a
- 8 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 9 Verschiedenes
- 10 ggf. Nichtöffentlicher Teil

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Kempf  
Ausschussvorsitzende

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
SPD-Fraktion  
Sempf

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1836/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Keine abendlichen Autokorso-Demonstrationen durch Wohngebiete**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die abendlichen Autokorso-Demonstrationen durch Charlottenburg-Wilmersdorf nach Möglichkeit zeitlich früher und/oder nicht durch dichtbesiedelte Wohngebiete geführt werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

**Begründung:**

Seit einigen Wochen finden durch unseren Bezirk regelmäßig verschiedene Demonstrationen statt, bei denen anhaltend und lautstark Lautsprecherwagen, Sirenen und Hupen von den Demonstrierenden eingesetzt werden. Die Versammlungsfreiheit und das Recht seine Meinung in Form von Demonstrationen Ausdruck zu verleihen, ist ein hohes Gut und darf nicht eingeschränkt werden. Allerdings führen die aktuelle Häufung sowie die Uhrzeiten (teilweise noch um 21:30 Uhr) zu einer starken und ständigen Belastung der Anwohner\*innen. Daher wäre es gut, wenn das Bezirksamt sich im Sinne der Anwohner\*innen bei den zuständigen Stellen auf Landesebene dafür einsetzen könnte, dass dort darauf hingewirkt wird, nach Möglichkeit solche Versammlungen zeitlich nach vorne zu verlegen oder nicht durch dichtbesiedelte Wohngebiete zu leiten.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
CDU-Fraktion  
Klose/Fenske

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1826/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Polizeiwache am Kudamm**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass am Kudamm/ Breitscheidplatz eine feste und dauerhafte Anlaufstelle für die Polizei geschaffen wird. Um gerade in der City die Präsenz der Polizei hervor zu heben. Die Bürocontainer könnten auf der Mittelinsel aufgestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 zu berichten.

Begründung:

Am gesamten Kudamm ist keine Polizeidienststelle mehr geblieben. Die Polizei ist vor Ort, aber immer nur mit einem mobilen Einsatzfahrzeug und nur zu bestimmten Zeiten. Die Bürocontainer könnten genau dort aufgestellt werden, wo zurzeit die Baucontainer stehen. Die Polizei wäre dort immer präsent und der Platz könnte dadurch an Aktivität gewinnen. Das Sicherheitsgefühl der Besucher und der Berliner rund um den Breitscheidplatz kann dadurch gesteigert werden. Dies ist z. B. auf dem Times Square mit Erfolg eingeführt worden. Ein Beispiel aus Berlin selbst ist die Polizeiwache am Alexanderplatz.



**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Wapler

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 1853/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Rechte Sticker, Plakate und Graffiti wirksam entfernen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, mit Schwerpunktkontrollen aktiv gegen die zunehmende Zahl von rassistischen, antisemitischen, LGBTIQ\*-feindlichen und neurechten Aufklebern, Plakaten und Graffiti im Bezirk vorzugehen. Dabei ist vorgefundene extrem rechte und diskriminierende Propaganda unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Die Mitarbeiter\*innen des Ordnungsamts sind mit Hilfe der Mobilien Beratung gegen Rechts, dem Register Charlottenburg-Wilmersdorf u.a. für die verschiedenen Ausdrucksformen faschistischer und neonazistischer Codes und Sprache zu sensibilisieren, damit sie rechte Propaganda erkennen und dagegen vorgehen können. Die erfassten Vorfälle sollen bei dem Register Charlottenburg-Wilmersdorf gemeldet werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung

Seit Jahren macht Propaganda den größten Teil der im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf registrierten faschistischen und diskriminierenden Vorfälle aus – mit weiter steigender Tendenz. Insbesondere im Ortsteil Charlottenburg kommt es immer wieder zu einer Häufung entsprechender Vorgänge. Dies belegt der Jahresbericht des Registers Charlottenburg-Wilmersdorf von 2019.

Ziel solcher Aktionen ist oft die Markierung vermeintlich rechter Reviere, um potenzielle Opfer faschistischer Übergriffe und Gewalt einzuschüchtern. Für die Betroffenen entstehen durch die dauerhafte Präsenz rechter Propaganda Angsträume; schon aus diesem Grund ist es wichtig, entsprechende Aufkleber, Plakate und Graffiti aus dem Straßenbild zu entfernen. Die vorhandene Expertise gegen rechts bei wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen ist zu nutzen.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch/Kosubek

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 1860/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
18.02.2021	BVV	BVV-054/5

**Pankow folgen – Smileysystem zur Information über Lebensmittelkontrollen einführen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die verfügbare Datenbank „Lebensmittel- Smiley“ dazu zu nutzen, die Bevölkerung transparent über aktuelle Kontrollergebnisse der Lebensmittelüberwachung zu informieren.

Der BVV ist bis zum 30. April 2021 zu berichten

**Begründung:**

Das Bezirksamt Pankow hat mit der Veröffentlichung aktueller Kontrollergebnisse der Lebensmittelüberwachung auf Grundlage der EU-Kontroll- Verordnung (VOEU2017/625) auf der Internetseite <https://Lebensmittel-Smiley.de> (oder <https://pankow.lebensmittel-kontrollergebnisse.de/>) begonnen. Für die Bürger ist es von großem Interesse, transparent und leicht erreichbar Ergebnisse erfolgter Lebensmittelkontrollen einsehen zu können. Das Lebensmittel-Smiley-System ist benutzerfreundlich und übersichtlich und eignet sich deshalb hierfür hervorragend.